

Thesenpapier zum 105. Kreisparteitag betreffend den Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich – gemessen an der Arbeitslosigkeit – positiv entwickelt. Im Jahresdurchschnitt 2010 werden 3,2 Mio. Arbeitslose erwartet, was dem niedrigsten Stand seit 1992 entspricht. Die größte Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik wurde nicht zuletzt dank der richtigen Reaktion von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik überwunden. Auch hierbei hat sich die soziale Marktwirtschaft als das Erfolgsmodell für die Wirtschaftsordnung bewährt. Mit ihrem Fundament aus Solidarität, Subsidiarität und verantwortlichem Miteinander von Tarifparteien und Politik bildet sie die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs und der gesellschaftlichen Teilhabe hieran.

Die soziale Marktwirtschaft bildet den Markenkern unserer Politik. Dieser Markenkern darf nicht ausgehöhlt werden durch eine Politik der „Beliebigkeit“. Christlich demokratische Politik muss immer erkennbar bleiben. Sie muss sich klar an christlich- sozialen Werten orientieren und sich immer darauf zurückführen lassen, so dass CDU-Politik stets verlässlich bleibt.

Lohnentwicklung

Der Motor des konjunkturellen Aufschwungs ist nach wie vor die Exportwirtschaft. Die deutsche Wirtschaft behauptet sich im internationalen Wettbewerb im globalen Umfeld nicht zuletzt wegen der hohen Qualität deutscher Produkte und Dienstleistungen. Die Arbeitnehmer haben daran einen entscheidenden Anteil, zumal auch die Lohnzurückhaltung der letzten zehn Jahre wesentlich zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen europäischen Staaten geführt hat. Dieser Aufschwung muss dauerhaft gesichert werden. Darüber hinaus ist die Binnenwirtschaft als weiteren Motor der Wirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu beleben.

Die CDU Düsseldorf bekennt sich zur Tarifautonomie. Lohnfindung ist nicht Sache des Staates, sondern Sache der Tarifpartner. Deshalb lehnen wir eine Einmischung des Staates in die Lohnfindung und damit einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Allerdings ist die CDU Düsseldorf der Auffassung, dass zur Sicherung der Binnenwirtschaft sich die Lohnentwicklung anpassen muss an die Produktivität der volkswirtschaftlichen Leistungen.

Tarifautonomie

funktioniert aber nur dann, wenn Arbeitgeber die Flucht aus den Tarifverträgen beenden und Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer flächendeckend vertreten. Die CDU Düsseldorf ruft aus diesem Grund zu einer stärkeren Organisation in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf.

Wir akzeptieren jede Form der Ausübung der Koalitionsfreiheit, also ausdrücklich auch Berufs- und Spartengewerkschaft. Das ist Tarifwirklichkeit. Die Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen zu organisieren, wird weiter zunehmen. Es wäre deshalb verfehlt durch eine Änderung des Grundrechts der Vereinigungsfreiheit oder durch andere gesetzliche Regelungen eine solche grundsätzlich begrüßungswerte Entwicklung zu

verhindern. Allerdings bleibt es eine wichtige Aufgabe des Gesetzgebers zu verhindern, dass einzelne gewerkschaftliche Interessengruppen ganze Betriebe lahm legen können, in dem zu unterschiedlichen Zeiten mit unterschiedlichen Aktionen Unternehmen dauerhaft bestreikt werden können.

Deshalb müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass mehrere Gewerkschaften einer Branche sich im Vorfeld von Tarifaueinandersetzungen auf einheitliche Vorgehensweisen verständigen müssen.

Fachkräftebedarf

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, wonach das Durchschnittsalter unserer Gesellschaft steigt, ist der Erhalt des derzeitigen Leistungsniveaus der Wirtschaft auch durch die Deckung des Bedarfs an gut ausgebildeten Arbeitskräften zu erreichen.

Wir halten fest an dem Grundsatz, dass niemand für den Arbeitsmarkt „verloren“ ist. Auch Arbeitnehmern mit „brüchigem Lebenslauf“ kann durch zielgerichtet Aus- und Weiterbildung zu einer beruflichen Perspektive verholfen werden. Die sogenannten 1-Euro-Jobs als Hilfe zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt haben sich bewährt.

Der Fachkräftemangel könnte zu einem entscheidenden Standortnachteil werden, wenn nicht durch die Fort- und Weiterbildung der Arbeitnehmer in den Betrieben und durch die staatlich geförderte Qualifizierung ungelernter oder unzureichend ausgebildeter Arbeitskräfte Abhilfe geschaffen wird. Dabei sind auch die Schulen und Eltern gefordert, durch Leistungsanreize den Aufstieg in höherqualifizierte Berufsbereiche zu fördern. Auch die Erfahrungen der älteren Arbeitnehmer sind zu nutzen.

Die CDU Düsseldorf erkennt, dass dieses Problem nicht mit Sonntagsreden zu lösen ist. Wir fordern die Tarifpartner auf, in Tarifverträgen nicht nur angemessene Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, sondern auch die Fort- und Weiterbildung sowie Qualifizierungsmaßnahmen in den Betrieben verpflichtend zu regeln und Qualifizierungs-Kooperationen der Unternehmen, die wegen ihrer Größe oder fehlender Ausbildungskapazitäten innerhalb der Branche dies nicht leisten können, unter Wahrung des Konkurrenzschutzes zu fördern.

Sofern erforderlich, sind hierzu auch die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zu fördern insbesondere durch Schaffung von mehr Kinderbetreuungsplätzen. Die CDU Düsseldorf ist der Auffassung, dass im Hinblick auf den Fachkräftebedarf erhebliches Potenzial genutzt werden kann, wenn durch die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen Männer oder Frauen in die Lage versetzt werden, ihrer Berufstätigkeit nachzugehen.

Im Übrigen sind staatliche Eingriffe auf das notwendige Maß zu beschränken. Eingriffsgesetze wie das Arbeitszeitgesetz oder das Kartellrecht sind in einem stetigen Prozess zu reformieren um möglichst flexibler zu gestalten.

Leiharbeit

Leiharbeit ein sinnvolles Instrument des flexiblen, zwischenbetrieblichen Ausgleichs von Personalkapazitäten. Dabei ist der sozialpolitische Aspekt der Leiharbeit zu beachten: Insbesondere Langzeitarbeitslose haben die Chance, dauerhaft einen Arbeitsplatz zu erhalten.

Deshalb ist grundsätzlich die Zeit- und Leiharbeit zu erhalten.

Allerdings fordern wir, bessere Rahmenbedingungen für Leiharbeit, v.a. die Begrenzung der Ausgliederung der Stammbeslegschaft auf etwa 8-10%, wenn Arbeitnehmer über den Verleiher wieder an dem angestammten Arbeitsplatz zu schlechteren Konditionen beschäftigt werden sollen. Es gilt der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Rente mit 67 / Altersversorgung

Wir erkennen, dass der erreichte Wohlstand bei einer alternden Gesellschaft nur durch mehr Arbeitsleistung gehalten werden kann. Die CDU Düsseldorf begrüßt die Festlegung regelmäßigen Renteneintrittsalters mit 67 Jahren.

Allerdings muss es möglich sein, einen flexiblen Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen, insbesondere dann, wenn jemand vor Erreichen der Altersgrenze von 67 Jahre in Rente gehen will. Der flexible Übergang in den Ruhestand ist gesellschaftliche Realität, wobei entsprechende finanzielle Abstriche für den vorzeitigen Renteneintritt möglich sind. Die CDU Düsseldorf ist jedoch der Auffassung, dass bei einer ununterbrochenen Erwerbsbiographie von 45 Jahren Berufstätigkeit der Eintritt in die Rente abschlagsfrei erfolgen soll.

Im Übrigen hält die CDU Düsseldorf an dem Dreiklang aus staatlicher, betrieblicher und privater Rente fest. Für die absehbaren Pensionslasten im Staatshaushalt hat die Politik unverzüglich Vorsorge zu tragen.

RA Peter Preuß MdL